



FDP-Fraktion im Kreistag des Landkreises Böblingen

Rede zum Haushalt 2017 am 14.11.2016

(Es gilt das gesprochene Wort)

Anlage 9 zu KT-Drucks. Nr. 111/2016

Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

die übliche Abfolge bei unseren Haushaltsreden ist es, zunächst kritische Anmerkungen zu diesem oder jenem Thema zu platzieren, um dann gegen Ende in möglichst feierlicher Weise der Verwaltung für ihre Arbeit und die Vorbereitung des Haushaltsentwurfs zu danken.

I .

Wir wollen diese Reihenfolge heute einmal umkehren und der Verwaltung gleich zu Beginn dafür zu danken, dass sie die vielleicht größte Herausforderung, die dieser Landkreis seit seiner Gründung 1973 zu bestehen hatte, engagiert und angemessen bewältigt hat: Die vorläufige Unterbringung der Flüchtlinge in den Jahren 2015 und 2016.

Uns hat imponiert, wie das Landratsamt Unterbringungsmöglichkeiten für die Menschen geschaffen hat, die zu uns kamen, mit einer offenen und auch weitgehend transparenten Verteilung innerhalb des Landkreises, in enger Abstimmung mit den Gemeinden und immer darauf bedacht, unnötige Konflikte mit den einheimischen Kreisbürgern zu vermeiden.

Es hat uns imponiert, dass es gelungen ist, ein ausgewogenes Verhältnis von professioneller Betreuung und ehrenamtlichem Engagement zu schaffen, für eine menschenwürdige Unterbringung zu sorgen und die sicherlich problematische Nutzung der Sporthallen in überschaubarer Frist zu beenden.

Wir bedanken uns, dass die freien Träger uns bei der Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer professionell unterstützen und die Berufsschulen im Rahmen ihrer Möglichkeiten ebenfalls zur Integration der jungen Menschen beigetragen haben, die zu uns in den Landkreis gekommen sind.

Alle Beteiligten haben gezeigt, dass sowohl die Zivilgesellschaft als auch der öffentliche Dienst in der Lage sind, nicht nur in Schönwetterperioden gut zu arbeiten, sondern auch schwierige Herausforderungen zu bestehen. Entgegen allem Misstrauen, was von interessierter Seite staatlichen Einrichtungen, der Politik und den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes entgegengebracht wird, hat sich unser System als handlungsfähig und kompetent erwiesen.

Wir wissen, dass sich aus diesen Leistungen der letzten 18 Monate auch Risiken für die Zukunft ergeben werden:

- Wird die Integration der Flüchtlinge, die länger oder gar auf Dauer bei uns bleiben, gelingen ?
- Werden wir die Aufwendungen, die der Landkreis für Mieten, Investitionen und zusätzliches Personal leisten musste, wirklich zu 100 % von Bund und Land ersetzt bekommen ?
- In welchem Umfang werden die Städte und Gemeinden bei der anstehenden Anschlussunterbringung von Bund und Land unterstützt werden ?
- Und: Wird es uns gelingen, die in dieser ersten Phase notwendige intensive personelle Betreuung der Flüchtlinge in angemessener Frist so zurückzufahren, dass die Flüchtlinge wie andere erwachsene Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können ?

Wir werden mit diesen Fragen und Herausforderungen auch in Zukunft angemessen umgehen. Ich bin zuversichtlich, dass Politik und Verwaltung auch in dieser zweiten Phase zu sachgerechten und angemessenen Entscheidungen kommen wird.

II .

Wir wollen Ihnen, Herr Landrat, unseren Dank und unsere Übereinstimmung mit Ihrer Politik auch in einigen weiteren Bereichen aussprechen, die hier nur stichwortartig genannt werden sollen:

- Landkreis, Städte und Gemeinden haben die Herausforderungen, die die neue Rechtslage im Bereich der Kindertagesstätten mit sich gebracht hat, gut erfüllt. Es gibt nach unserer Beobachtungen keine relevanten Mangelsituationen. Alle Familien, die sich entschließen, die Kleinkindbetreuung in Anspruch zu nehmen, bekommen zeit- und ortsnahe einen Platz. Gerichtliche Streitigkeiten oder gar Schadensersatzansprüche, wie sie in anderen Regionen der Republik offenbar vorkommen, braucht es bei uns nicht zu geben.
- Ein anderes Thema, das Sie mit Augenmaß und in enger Abstimmung mit den Gremien des Kreistags angehen, ist der Ausbau des Radwegenetzes. Wir unterstützen die getroffenen und die geplanten Maßnahmen des Landkreises, auch wenn wir die gelegentlich etwas übertriebene Politik des Landes zu diesem Thema nicht immer für angemessen halten.
- Im Gegensatz zu einigen anderen Fraktionen verfolgen wir auch die Anstrengungen des Landrats und des Landratsamtes zum Thema Breitbandversorgung mit wohlwollendem Interesse. Die Schaffung einer brauchbaren Infrastruktur für Unternehmen und Privathaushalte in einem Bereich mit wachsender Bedeutung muss auch nach liberaler Auffassung nicht unbedingt dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleiben. Hier dürfen sich Staat und Kommunen engagieren, um die Nervenstränge einer modernen Informationsgesellschaft zu schaffen. Im Straßenbau belassen wir es ja auch nicht bei preisgünstigen Feldwegen und überlassen der Industrie den Ausbau der notwendigen Straßen.

III .

Einen breiten Konsens gibt es hier im Kreistag auch zum Thema der neuen Flugfeldklinik.

Wir stehen zu diesem wichtigsten Projekt der Kreispolitik und wollen noch einmal unterstreichen, dass wir Kreisräte uns nicht als willenlose Werkzeuge eines ehrgeizigen Landrates verstehen, der sein Lebenswerk mit einer modernen Klinik krönen will. Richtig ist vielmehr, dass wir Kreisräte wohl an keinem Projekt so engagiert und intensiv beteiligt worden sind wie an der künftigen Medizinkonzeption und dem damit verbundenen Bau einer neuen, hoch leistungsfähigen Klinik. Alle Beschlüsse sind nach intensiver Diskussion gefasst worden und es gab – was dem ein oder anderen Leserbriefschreiber entgangen sein muss – durchaus Gegenstimmen aus einigen Gemeinden des Landkreises, mit denen wir uns (zum Glück erfolgreich) auseinandersetzen mussten.

Ich unterstreiche noch einmal unsere Auffassung: Mit der Eröffnung der Flugfeldklinik am 1.1.2024 wird die Lebensqualität im Kreis Böblingen einen weiteren Sprung nach vorne machen und die Wirtschaftlichkeit des Krankenhauswesens nicht vermindert, sondern verbessert.

Und: Durch die Einbindung der Leonberger und der Herrenberger Klinik in die Gesamtkonzeption versprechen wir uns auch dort einen Gewinn an Lebensqualität durch ein ortsnahe medizinisches Angebot.

Die Entscheidung des Preisgerichts tragen wir mit, allerdings muss die Frage, ob Tiefgarage oder Parkhaus noch einmal durchdacht werden. Wir Freie Demokraten wären aufgeschlossen, wenn die Verwaltung uns den Erwerb eines Nachbargrundstücks für ein Parkhaus vorschlagen würde. Und wir bitten darum, im weiteren Verlauf der Planung der Funktionalität des Krankenhauses und der Sicherheit der Patienten und der Beschäftigten hohe Priorität einzuräumen. Wir wollen nicht unbedingt das schönste Krankenhaus weit und breit, aber in jedem Fall das beste Krankenhaus, das 2024 in den Regionen des Landes zu finden sein wird.

IV .

Ich bin immer noch bei jenen Themen, bei denen wir uns im Konsens mit dem Landrat und seinen Vorstellungen und Aktivitäten befinden:

Wir begrüßen den Schulentwicklungsplan, der im Entstehen ist. Wir bejahen die Absicht des Landrats, alle bestehenden Schulstandorte zu erhalten, auch wenn die Zahl der Berufsschüler zurückgeht. Für manche weniger nachgefragte Berufe wird die Frage, ob die Berufsschule ortsnahe besucht werden kann, eine Existenzfrage werden. Deshalb sollten wir daran interessiert sein, dass in einem so wirtschaftsstarken Landkreis alle Varianten technischer und kaufmännischer Berufe in der dualen Ausbildung angeboten werden. Hier trifft nicht nur die Betriebe, sondern auch den Schulträger eine besondere Verantwortung.

Wir sollten auch die Möglichkeit vorsehen, im Kreis Böblingen für einzelne Berufe Landesfachklassen einzurichten – das stärkt die Angebotsvielfalt bei uns und hilft, unsere Kapazitäten auch in Zukunft auszulasten.

Bitte gehen Sie den Sanierungsbedarf in unseren Schulzentren zügig an.

Und sorgen Sie dafür, dass auch die Standorte mit Angeboten für Schüler mit Handicaps so dezentral wie heute erhalten bleiben können.

V .

Erlauben Sie mir einige wenige kritische Bemerkungen zum Abfallwirtschaftsbetrieb, der sich – das will ich vorab sagen – im Großen und Ganzen natürlich auch erfreulich entwickelt.

Erste kritische Bemerkung: Wir sehen mit Sorge die Entwicklung des einen oder anderen Wertstoffhofes. Besonders in Leonberg ist die Situation alles andere als befriedigend. Vielleicht bedarf es einer professionellen Mediation, um hier eine Verständigung zwischen Landrat, OB und Gemeinderat herbeizuführen.

Oder noch besser: Werben Sie dafür, dass die Kreisbürger verstärkt von der orangenen Tonne Gebrauch machen und sich und anderen die Belastungen, die manchmal mit einem Wertstoffhof verbunden sind, zu ersparen. **Wir werden**

einen Antrag stellen, zu diesem Thema im nächsten Jahr noch einmal eine Werbekampagne aufzulegen.

Zweite kritische Bemerkung: Für überzogen halten wir die manchmal fast krampfhaften Anstrengungen der Landkreisverwaltung und des Abfallwirtschaftsbetriebes, private Entsorgungsunternehmen aus dem Markt zu verdrängen. Es mag ja sein, dass unser Betriebsüberschuss leidet, wenn private Unternehmen einzelne Entsorgungsaufgaben übernehmen. Aber es herrscht nun einmal Gewerbefreiheit und diese sollten wir auch dann respektieren, wenn es sich fiskalisch einmal nicht auszahlt.

Dass der Abfallwirtschaftsbetrieb im nächsten Jahr die Erweiterung des Landratsamtes aus seinen Rücklagen vorfinanzieren wird, mag auf den ersten Blick auch überraschen. Angesichts der Rahmenbedingungen ist diese Entscheidung allerdings betriebswirtschaftlich konsequent und findet unsere Zustimmung. Ob wir allerdings die Prognose des Landrats teilen, dass in Zukunft immer mehr Menschen im Landratsamt arbeiten werden und wir schon allein deshalb zusätzlichen Büroraum brauchen – da melde ich Skepsis an. Es mag sein, dass öffentliche Aufgaben wachsen, aber irgendwann werden uns die Menschen ausgehen, die diese Aufgaben im öffentlichen Dienst erledigen wollen.

VI.

Ein paar Anmerkungen zum öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis:

1. Wir halten die Hesse-Bahn, soweit sie zwischen Weil der Stadt und Renningen verkehren soll, nach wie vor für falsch. Und wir sehen deshalb auch keinerlei Anlass, dem Zweckverband Hesse-Bahn als Landkreis Böblingen beizutreten. Mir fällt dazu ein Zitat von Erich Kästner ein:

*Was immer auch geschieht,
nie darfst du so tief sinken,
von dem Kakao, durch den man dich zieht,
auch noch zu trinken.*

2. Bei der Schönbuchbahn haben wir gegen die Beschaffung der neuen Wagen gestimmt, weil wir die vorgesehene Lösung für zu teuer halten und der Fahrzeugneubau, der angestrebt wird, landesweit ohne Beispiel ist. Es muss andere, preiswertere Lösungen geben, die nach einer Elektrifizierung notwendigen neuen Fahrzeuge zu beschaffen.
3. Damit Sie sehen können, dass unsere Liebe zu unserem Landrat und seiner Politik nicht grenzenlos ist, ein kritisches Wort zum sog. integrierten Verkehrskonzept. Die Ziele, die Sie sich hier gesetzt haben, Herr Landrat, sind unrealistisch und wir befürchten, dass Sie hier manch sauer erarbeiteten Euro einsetzen werden, um einer Illusion nachzulaufen. Es wird Ihnen nicht gelingen, die gewachsene Verteilung zwischen Individualverkehr und öffentlichem Verkehr nennenswert zu verändern – das ist andernorts nicht gelungen und bedürfte auch im Kreis Böblingen einer Revolution der Verkehrskultur, an der wir uns verheben. Und ob gerade wir Vorreiter einer weiteren Verteufelung des Individualverkehrs sein sollten, darf mindestens kritisch gefragt werden.

Lassen Sie die Menschen zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern wählen und versuchen Sie nicht, mit viel Geld Verhaltensänderungen zu bewirken, die nach den vorliegenden Erfahrungen nirgends auf der Welt nachhaltig sind.

Dass wir die Radwegepolitik des Landkreises unterstützen, hatte ich im zweiten Teil der Rede bereits erwähnt.

VII .

Wenn wir - was wir ja heute tun sollen – die finanzielle Lage des Landkreises betrachten, könnte man sich wie ein Metereologe vorkommen, der seinen Zuhörern warme Hochsommertage verkünden darf.

Aber es brauen sich einige Gewitterwolken zusammen, die schon bald zu einer Abkühlung der finanziellen Hochdruckwetterlage führen könnten:

- Die finanziellen Lasten, die der Neubau der Flugfeldklinik und die Sanierung der Krankenhäuser in Herrenberg und Leonberg mit sich bringen, werden unseren Haushalt stark belasten. Sehen wir den Landeszuschüssen für die Flugfeldklinik mit einiger Zuversicht entgegen, so haben wir kleinere Zweifel, ob wir auch für Leonberg und Herrenberg in gleicher Weise vom Land entlastet werden.
- Die notwendige Sanierung der Schulen in der Trägerschaft des Kreises wird uns in den nächsten Jahren viel Geld kosten – diese Kosten sind leider nicht zu vermeiden.
- Die Schönbuchbahn ist verkehrspolitisch vernünftig – das Maß der vorgesehenen Investitionen ist hoch, vielleicht zu hoch, wie ich vorher ausgeführt habe.
- In der Sozialpolitik drohen Risiken durch die permanent steigende Eingliederungshilfe für Behinderte, bei der nicht sicher ist, dass der Bund uns wie versprochen entlastet. Das Teilhabegesetz bringt weitere Ausgaben, ebenso die Neuregelung des Unterhaltsvorschussgesetzes – hier wird sich der Bund möglicherweise aus der Finanzierung zurückziehen.
- Auch die Aufwendungen für die Pflegehilfe, die die Pflegeversicherung ergänzt, werden notwendigerweise steigen.
- Die im Einzelnen ungeklärte Re-Finanzierung unserer Aufwendungen für die Flüchtlinge in unserem Kreis schafft weitere Risiken.

Und: Es ist ganz und gar nicht gesichert, dass die Finanzministerin Sitzmann nicht auch in den nächsten Jahren zum Ausgleich des Landeshaushalts, der ein strukturelles Defizit hat, wieder in die kommunale Kasse greift.

Vor diesem Hintergrund halten wir es auch bei gestiegenem Steueraufkommen im Kreis und bundesweit trotzdem für notwendig, dass wir vorsichtig agieren, aus den Überschüssen der Vorjahre Rücklagen bilden und nicht kurzfristig um einige Pünktchen Kreisumlage streiten. Was wir im Jahr 2017 an Kreisumlage erheben, wird zu einem guten Teil aus der Steuerkraft der Stadt Sindelfingen getragen. Wenn Sie jetzt die Kreisumlage senken und dafür 2018 oder 2019 wieder einen höheren Hebesatz festlegen, dann verschieben Sie in Wahrheit die Lasten vom Sindelfinger Haushalt auf den Haushalt der weniger leistungsfähigen Städte und Gemeinden.

Wir brauchen Rücklagen für unsere Investitionen und wir brauchen die Sicherheit, dass wir auch bei kommenden Herausforderungen über die Ressourcen verfügen, die wir brauchen, um die berechtigten Erwartungen an die Verwaltung des Landkreises zu erfüllen.

Lebensqualität braucht nachhaltige Liquidität des Landkreises und deshalb stimmen wir dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Hebesatz zu.

An Sie, Herr Landrat, appellieren wir allerdings, auch auf der Ausgabenseite einen Beitrag zu gesunden finanziellen Verhältnissen zu leisten. Langfristig muss sich der Landkreis auch einmal von Aufgaben verabschieden und auf lange Sicht auch Personal reduzieren.

Allmachtsphantasien wie bei der integrierten Verkehrskonzeption oder die falsche Vorstellung einer All-Zuständigkeit des Landkreises, wie wir sie im Bereich des Wohnungsbaus, der Kulturpolitik oder der Wirtschaftsförderung gelegentlich erleben oder jedenfalls befürchten, schaffen keinen Wohlstand, sondern verbrauchen Ressourcen, die wir für unsere Pflichtaufgaben dringend brauchen.

Wir würden uns freuen, wenn wir auch in Zukunft hier im Landratsamt und im Landkreis unsere Pflichtaufgaben zuverlässig und mit hoher Qualität erfüllen. Lassen Sie den Städten und Gemeinden und der Zivilgesellschaft jenen

politischen Freiraum, den diese brauchen, um vor Ort für ein lebenswertes Gemeinwesen zu sorgen. Im Gegenzug werden wir Sie gerne unterstützen, wenn Sie für die Erfüllung der Pflichtaufgaben die notwendigen Ressourcen beanspruchen.